

Vorschläge für einen sozial-ökologischen Umbau als Projekt von Gewerkschaften, Umwelt- und sozialen Bewegungen¹

Präambel

Ein sozial-ökologischer Umbau unserer Gesellschaft als ein gemeinsames Projekt von Akteuren aus Gewerkschaften, Umwelt- und anderen sozialen Bewegungen ist selbst unter diesem harmlos klingenden und auf Schlagwörter wie „Great Transformation“ oder „New XXX Deal“ verzichtenden Titel eine große Herausforderung. Die Autorinnen und Autoren wollen mit dem vorliegenden Papier eine Grundlage für eine weitere Diskussion liefern und eine Weiterentwicklung der Konzeption anregen – wissend, dass dieser erste Wurf nicht frei von Widersprüchen ist und eher den Minimalkonsens als mögliche Maximalforderungen in einzelnen Bereichen darstellt. Partielle Widersprüche wie auch einzelne nicht ausreichend genug entwickelte Forderungen sollte beide Seiten nicht daran hindern, für gemeinsam getragene Ziele eines sozial-ökologischen Umbaus zusammenzuarbeiten und durch diese Arbeit langfristig Widersprüche aufzulösen.

1. Ausgangslage

Mit einem Paukenschlag kollabierten im Dezember 2009 die UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen. Rund zweieinhalb Jahre später, bei Rio+20, fehlte sogar noch der Paukenschlag und die mediale Betroffenheit, als die als Weltumweltgipfel bezeichnete Konferenz im Juni 2012 in Brasilien scheiterte – dass sie keine adäquaten Lösungsansätze für die globalen Probleme finden würde, hatte sich bereit im Vorfeld gezeigt. Beide Ereignisse verdeutlichen, dass die rasante Zuspitzung der globalen Umweltkrisen seit geraumer Zeit wieder in den Hintergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt ist. Auch wenn sich Berichte über Extremwetterlagen häufen und die Konflikte um die Ausbeutung von Ressourcen immer zahlreicher werden – die Dramatik der systemischen Krisen des globalen Ökosystems bleibt trotz des gestiegenen Wissens um die extreme Ausbeutung der Natur abstrakt, insbesondere im Norden.

Dabei ist offenkundig: Die bisherige Umweltpolitik, die bei der Einhegung lokaler und regionaler Umweltzerstörung durchaus Erfolge vorzuweisen hat, versagt angesichts des systemischen und globalen Charakters der Krisen. Selbst eine „Energiewende“, wie sie zumindest in Deutschland nach dem Atom-GAU in Fukushima unabweisbar erschien, kommt kaum voran. Eine plausible Strategie, wie angesichts der Agonie der UN-Klimaverhandlungen für ein Kyoto-Anschluss-Abkommen der Klimawandel effektiv bearbeitet werden kann, existiert nicht – weder bei den Regierungen noch bei einem großen Teil zivilgesellschaftlicher Akteure.

Die dramatische Verschärfung der Vernutzung der Natur zeigt sich nicht nur in der Klimakrise, sondern ebenso beim Verlust von Biodiversität und bei der Störung des natürlichen

¹ Der Text wurde geschrieben auf Initiative des „Anzeigenkreises“, in dem Vertreter/innen verschiedener Organisationen und Initiativen gemeinsam diskutieren, die sich für einen Politikwechsel einsetzen, und dort diskutiert. AutorInnen waren: Christiane Felder (Greenpeace), Jürgen Knirsch (Greenpeace), Ralf Krämer (ver.di), Alexis Passadakis (Attac), Horst Schmitthener (IG Metall)

Stickstoffkreislaufs. Bei diesen Prozessen ist der Rahmen der einigermaßen stabilen Zustände der mindestens letzten 10.000 Jahre längst überschritten. Die Störung des Phosphatzyklus, die Erosion von Böden und die Übersäuerung der Ozeane schreiten massiv voran. Gleichzeitig gehen Prognosen von einer zunehmenden Knappheit, oder sogar einem näher rückenden Mangel von (Energie-)Rohstoffen (z.B. Peak Oil) wie auch an Fläche (Peak Soil) und Wasser aus.

Neben der Verschärfung findet eine Überlagerung von Krisenprozessen statt. Deutlich wird dies beispielsweise in der Finanzmarktkrise: Spekulative Preisentwicklungen auf Rohstoffmärkten und teilweise damit verbundene Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln verweisen darauf, dass hier die Suche nach neuen hochrentierlichen Finanzanlagen längst begonnen hat. Trotz des Scheiterns des Neoliberalismus setzen die herrschenden ökonomischen und politischen Kräfte weiter auf Marktsteuerung statt auf gesellschaftliche Kontrolle und Vorsorge.

Die Eröffnung von Zukunftsperspektiven wird schließlich blockiert durch einen Prozess, der mit dem Begriff der Postdemokratie gefasst werden kann. Demokratische Institutionen und Verfahren sind äußerlich intakt, allerdings ihrer aktiven demokratischen Substanz zunehmend entleert. So nimmt der Einfluss von Lobbygruppen zu, während die Kluft zwischen der politischen Klasse und großen Teilen der Bevölkerung zunehmend größer wird. Dies gilt insbesondere für jene prekarierten sozialen Schichten, die Opfer eines finanzmarktgesteuerten Neoliberalismus sind.

Die Schere zwischen Arm und Reich wächst durch die Dynamiken eines krisenhaften Finanzmarktkapitalismus ebenso wie aufgrund des immer ungleicheren Zugangs zu natürlichen Ressourcen. Die ökologische Frage ist und war immer schon zugleich eine soziale Frage. Die Umweltkrisen drohen die allgemeinen Rahmenbedingungen, unter denen menschliche Gesellschaften bisher gewirtschaftet und Auseinandersetzungen um eine gerechtere Zukunft geführt haben, zu verschlechtern. Daher ist es an der Zeit für neue Ansätze für eine sozial-ökologische Transformation.

Doch statt der Verständigung auf ein sozial-ökologisches Transformationsprojekt beginnt sich seit einigen Jahren das Projekt einer (sehr selektiven) ökologischen Modernisierung zu verdichten. Statt von einem Widerspruch zwischen der gegenwärtigen Wirtschaftsweise und der Natur auszugehen, oder einen Ausgleich der verschiedenen Sphären Ökonomie und Natur anzustreben (Nachhaltigkeitskonzept), werden Umwelt- und Klimapolitik vielmehr als Basis für künftige ökonomische Prosperität angesehen (Stern-Report). Diese Form einer technologie-orientierten ökologischen Modernisierung, die in verschiedenen Varianten als „Green Growth“ (siehe v.a. das Konzept der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - OECD) bzw. „Green Economy“ (hier ist vorrangig UNEP, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, zu nennen) firmiert, verspricht die Krise der natürlichen Umwelt ohne grundlegende Veränderungen der Produktions- und Konsumtionsverhältnisse bewältigen zu können. An diese Form von ökologischer Modernisierung ist die Lebensweise eines Öko-Konsums gekoppelt, der auf privilegierte gesellschaftliche Schichten zielt.

Zwar war eine ‚Green Economy‘ im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und Ausrottung der Armut“ das zentrale Thema der Konferenz Rio+20 (United Nations Conference on Sustainable Development, Rio+20, Rio de Janeiro, 20.-22. Juni 2012). Doch die Diskussionen im Vorfeld und in Rio ließen nicht erkennen, dass die Zielvorgaben nachhaltige Entwicklung und Ausrottung der Armut ernst genommen wurden. So mischte sich eine

an einer tatsächlichen Veränderung nicht interessierte Allianz verschiedener Staaten mit der grundlegenden Ablehnung zahlreicher Organisationen der Zivilgesellschaft, die in dem Konzept Green Economy nur alten Wein in grünen Schläuchen bzw. eine Fortsetzung des bisherigen Wachstumsmodells mit ökologischen Mitteln sahen.

Der Versuch im Jahr 2008, auf die Krise nach dem Kollaps von Lehman Brothers mit einem Green New Deal als ein ökologisch-soziales Programm zu antworten, ist also nicht nur in der Bundesrepublik (vorerst) gescheitert. Letztlich gab es keine zivilgesellschaftliche Akteurskonstellation, die dieses oder ein darüber hinaus gehendes Projekt sozial-ökologischer Transformation mit einer sozialen Basis hätte unterfüttern können. Weder waren etablierte zivilgesellschaftliche Akteure in der Lage, sich politisch neu zu verorten, noch sind neue Akteure entstanden. Weder sind im sozialen Krisenabwehrkampf geforderte Gewerkschaften bisher bereit, zugespitzte ökologische Forderungen zu entwickeln und zu vertreten, noch sind große Umweltorganisationen Willens und in der Lage, die soziale Frage im engeren Sinne (Beschäftigung, soziale Sicherung etc.) national oder global aufzugreifen.

Eine tatsächliche breit verankerte *Umweltgerechtigkeitspolitik*, die Soziales und Ökologie nicht gegeneinander ausspielt, ist deshalb nicht in Sicht. Diese wechselseitige programmatische Nichtzuständigkeit blockiert die Aussicht auf eine sozial-ökologische Transformation. Eine grundsätzliche Blockade für eine sozial-ökologische Transformation ist zudem die durch Hartz-IV sinnfällig gewordene Entsolidarisierung der Gesellschaft. Eine solidarische Transformation bedarf der Neuverständigung über programmatische Ansätze und Bündnisse.

2. Ziele eines sozial-ökologischen Umbaus

In den letzten Jahrzehnten sind zahlreiche Vorschläge für einen sozial-ökologischen Umbau einzelner Industrie- und Gesellschaftsbereiche (wie Rüstungs-, Automobil- und Chemieindustrie, Landwirtschaft, öffentlicher Nahverkehr) aufgestellt worden. Die Konzepte betrachteten jedoch die einzelnen Sektoren isoliert und verzichteten auf ein Gesamtszenario.

Der nicht mehr zu leugnende Klimawandel hat seit 2007 eine neue Debatte um tief greifende Transformationen von Wirtschaft und Gesellschaft ausgelöst. Mit der fortschreitenden Globalisierung und Liberalisierung des Welthandels wurden zugleich die sozialen Ungleichheiten und Spaltungen im Süden wie im Norden verschärft. Die weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2008 und ihre Auswirkungen machen die Notwendigkeit überdeutlich, die Krisen und Probleme in ihren gegenseitigen Abhängigkeiten wahrzunehmen und dazu übergreifende konkrete und vernetzte Lösungsvorschläge zu entwickeln. Notwendig sind eine Umgestaltung der Wirtschaft, die alle Branchen und Unternehmen erfasst, und eine Veränderung der Lebensweise der gesamten Bevölkerung. Dazu müssen die Rahmenbedingungen von Produktion und Konsum an den ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen ausgerichtet werden.

Notwendig ist eine Konzeption des *sozial-ökologischen Umbaus*, die mit der Bearbeitung der ökologischen Notwendigkeiten und Zwänge zugleich ein besseres Leben, sinnvolle und angemessen bezahlte Arbeit und soziale Sicherheit für alle realistisch in Aussicht stellt. Der sozial-ökologische Umbau darf nicht die industriellen Strukturen der Gesellschaft zerstören und noch mehr Erwerbslosigkeit, Verarmung und regionalen Niedergang

bewirken, sondern muss zugleich diese Probleme angehen und bewältigen. Ein sozial-ökologischer Umbau muss deshalb mit einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik verbunden werden.

2.1. Ökologische Umbauziele

Ein sozialökologischer Umbau

- muss dazu beitragen, dass das von der Weltgemeinschaft akzeptierte 2 Grad-Ziel erreicht werden kann. Dazu müssen auf globaler Ebene der Anstieg der globalen CO₂-Emissionen im Jahr 2015 beendet, die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 50 Prozent und in den Industrieländern um 90-95 Prozent reduziert werden.
- kann nur auf der Grundlage erneuerbaren Energien erfolgen. Fossile Energieträger dürfen nur noch in abnehmendem Maße als Zwischenlösung fungieren.
- muss einen absoluten Rückgang des Energie- und Ressourcenverbrauchs zum Ziel haben. Dieser kann durch konkrete Maßnahmen zur Verdoppelung der gegenwärtigen Ressourceneffizienz bis 2020 und einer Verfünffachung bis 2050 erreicht werden. Um so genannte Rebound-Effekte zu vermeiden, reicht dabei eine reine Steigerung technischer Effizienz nicht aus. Nötig sind absolute Obergrenzen (wie etwa beim Emissionshandel), ökologische Steuern und ordnungspolitische Regelungen, die zu einer absoluten Reduktion führen und verhindern, dass Effizienzgewinne durch Mehrverbrauch an andere Stellen aufgehoben werden.
- muss eine internationale Ressourcen-Gerechtigkeit unterstützen. Hierzu bedarf es u.a. einem internationalen Übereinkommen, das die weltweiten Pro-Kopf-Ziele für die Ausbeutung und den Verbrauch natürlicher Ressourcen regelt. Dieses Abkommen muss ferner eine Strategie zum Umgang mit Ressourcen und deren Emissionen entwickeln, die konkrete Reduktionsziele und Fristen aufweist.
- kann nur realisiert werden, wenn Belastungsgrenzen der Klima- und Ökosysteme nicht nur gesetzt sondern auch strikt eingehalten werden. Ohne derartige absolute Grenzen für Natur- und Ressourcenverbrauch wird der bis 2050 erwartete Anstieg der Weltbevölkerung auf über 9 Milliarden Menschen zum ökologischen Kollaps führen. So muss u.a. die weltweite Entwaldung bis zum Jahr 2020 gestoppt, die Überfischung beendet und die Anwendung zerstörerischer Fischfangmethoden bis spätestens 2020 eingestellt werden. Bereits sofort ist die Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen einzustellen und sind die für den Futtermittelanbau eingesetzten Flächen zu reduzieren. muss die Leitlinien nachhaltigen Wirtschaftens berücksichtigen. Diese dürfen sich nicht allein auf Effizienzsteigerung und umweltfreundlichere Energie beschränken. Denn Effizienzgewinne führen häufig zu Mehrverbrauch, auch regenerative Energien verbrauchen Ressourcen und durch Produktionsverlagerung werden Emissionen ins Ausland verschoben. Eine Wirtschaft ist nur dann „nachhaltig“, wenn sie die allgegenwärtige Verschwendung von Energie und Rohstoffen stoppt, einen realen Rückgang des Naturverbrauchs erreicht.
- muss zu einer Reduktion der ökologischen Auswirkungen der Produktion, Produkte und Dienstleistungen führen. Dazu müssen Produkte und Dienstleistungen hochwertig, langlebig und ökologisch verträglich gestaltet werden. Produkte und Dienstleistungen mit geplanter kurzer Lebensdauer müssen zurückgedrängt werden. Produktionspro-

zesse und Rohstoffgewinnung müssen sich an den ökologischen Grenzen des Wirtschaftens ausrichten.

- muss auf den Erhalt der biologischen Vielfalt achten, sowohl auf genutzten Flächen als auch durch Schutzgebiete, die der menschlichen Nutzung entzogen werden. Die Ausweisung von Schutzgebieten muss mit Zustimmung und im Interesse der betroffenen indigenen Völker und Gruppen sowie im Einklang mit der UN-Deklaration der Rechte indigener Völker erfolgen. Insbesondere ist zu verhindern, dass sensible Waldgebiete und deren Biodiversität beeinträchtigt werden.

2.2. Sozial-ökonomische Umbauziele

Menschen können nur in Gesellschaft leben und sie leben zwangsweise in einer Gesellschaft. Ein sozial-ökologischer Umbau muss daher das Gute Leben aller im Blick haben. Der Beitrag aller zur Gesellschaftlichkeit, die Tätigkeit und Produktivität jeder und jedes Einzelnen, ist wichtig und verdient Anerkennung.

Ein sozial-ökonomischer Umbau verfolgt die folgenden Ziele:

- Gutes Leben erfordert als Grundbedingung für diejenigen, die nicht mehr in Bildung und Ausbildung und noch nicht im Ruhestand sind, vor allem Gute Arbeit. Das bedeutet angemessen bezahlt, sozial gesichert, mit guten Arbeitsbedingungen und sozial geregelten Arbeitszeiten, gesundheitlich verträglich und qualifikationsfördernd, und mit Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten.
- Wir brauchen sinnvolle und ökologisch verträgliche neue Arbeitsplätze, die zugleich wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen. Das bedeutet vor allem einen Ausbau öffentlicher und sozialer Dienstleistungen in den Bereichen der Bildung, Gesundheit und Pflege, Kultur, öffentliche Daseinsvorsorge, Aufbau ökologisch verträglicher Energieversorgung und Verkehrssysteme, Investitionen in Wärmedämmung, Recycling und Technologien, die zu mehr Energie- und Rohstoffeffizienz führen usw. Hier liegen neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Millionen.
- Erforderlich sind sichere Einkommen und gute neue Arbeit insbesondere für diejenigen, deren Arbeitsplätze im Zuge eines ökologischen Umbaus verloren gehen. Dazu müssen im Rahmen von Konversionskonzepten neue Produktions- und Beschäftigungsfelder gezielt in Regionen aufgebaut werden, die vom Abbau ökologisch schädlicher Wirtschaftszweige besonders betroffen sind.
- Ein wichtiges Element eines Umbaus ist auch eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit durch Begrenzung und Verkürzung der Arbeitszeiten.
- Notwendig ist ein Sozialstaat, der auf der Basis der Solidarität die Menschen vor den großen sozialen Risiken sowie vor Armut und Ausgrenzung schützt, Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten aller Menschen und insbesondere benachteiligter Gruppen sichert und stärkt.
- Notwendig ist eine gerechte Verteilung der Kosten und sonstigen Belastungen des Umbaus. Nur dann werden die Menschen Einschränkungen bisheriger umweltbelastender Lebensweisen und finanzielle Belastungen für einen ökologischen Umbau zu tragen bereit sein. Zugleich muss die immer krasser gewordene Ungleichheit der Ver-

teilung von Vermögen und Einkommen abgebaut werden. Nötig ist eine sozial gerechte Finanzierung aller öffentlichen Leistungen.

- Konflikte, die im Prozess eines sozial-ökologischen Umbaus unvermeidlich auftreten werden, müssen unter Beteiligung der betroffenen Menschen in der Region und der Beschäftigten gesellschaftlich diskutiert und ausgehandelt werden. Information und Transparenz über die Prozesse und ihre voraussichtlichen Folgen sind dabei Bedingung. Auf dieser Grundlage müssen die Möglichkeiten demokratischer Kontrolle und Gestaltung auch wirtschaftlicher Entscheidungen erweitert werden.
- Internationale Solidarität: Den Ländern des Südens muss ein Weg in eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht werden, der den „Umweg“ über die bisherigen naturzerstörenden westlichen Produktions- und Lebensweisen vermeidet. Sie brauchen Unterstützung, um direkt zu einer auf Ressourcenschonung und regenerativen Quellen basierenden Wirtschafts- und Lebensweise überzugehen. Umso wichtiger ist, dass der Norden selbst so schnell wie möglich dahin kommt, denn die Lebensweise der reichen Länder ist weiterhin das Vorbild, an dem sich die meisten Länder und Bevölkerungen des Südens orientieren.

3. Felder und Wege des Umbaus

3.1. Ökologische Umbaufelder

Ein sozial-ökologischer Umbau Deutschlands wird nur dann gelingen, wenn wir es schaffen, den Ressourcenbedarf und die Produktionsweisen in den exportorientierten Kernindustrien Energie- und Automobilwirtschaft, Maschinenbau, Chemie- und Lebensmittelindustrie inklusive vorgeschalteter Landwirtschaft nach ökologischen und klimapolitischen Zielen auszurichten. Dazu gehören neben der Reduzierung von Luftemissionen auch der sparsame Einsatz von Flächen und Ressourcen und die Berücksichtigung von Klima- wie Umweltauswirkungen der Vorstufen im Ausland.

Instrumente einer ambitionierten Ressourcenpolitik können auf der Ebene der Ressourcen exportierenden Länder Ressourcenentnahme- oder -exportsteuern, Exportlizenzen, direkte Ausfuhrverbote oder Exportbeschränkungen sein. Bei den Einfuhrländern können Steuern auf den Import- oder Verbrauch von Ressourcen sowie die Anpassung der indirekten Steuern und Abgaben nach dem Bestimmungslandprinzip (border tax adjustment) wichtige Impulse setzen.

Gefährliche Belastungen am Arbeitsplatz und der Umwelt müssen eingestellt werden. Dazu gehört auch das Verbot gefährlicher Produktionsweisen und des Exports von gefährlichen Abfällen bzw. die Respektierung der Vorgaben der Basler Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung.

- Energiesektor

Zur Erreichung des Zwei-Grad Ziels muss Deutschland seinen Beitrag leisten, indem es bis 2020 seine Emissionen um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 95 Prozent gegenüber 1990 reduziert. Der ökologische Umbau des Energiesektors ist hierfür von besonderer Bedeutung. Bis zum Jahr 2050 kann und muss der Stromverbrauch

Deutschlands zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Das bedeutet neben einem forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem Ausstieg aus der Atomkraft, dass keine weiteren Stein- oder Braunkohlekraftwerke mehr gebaut werden dürfen und somit auch auf die Anwendung der CCS-Technologie verzichtet werden kann. Energie sollte möglichst dezentral und nah an den Verbrauchern produziert und zur Abpufferung von Verbrauchsschwankungen gespeichert werden, das erspart auch in hohem Maße den Ausbau überregionaler Leitungsnetze.

Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) und der damit verbundene Vorrang der Einspeisung erneuerbarer Energien haben sich hier als wirkungsvolles Instrument für den Ausbau der Erneuerbaren Energien herausgestellt. Schlupflöcher wie die weitgehende Befreiung einiger Unternehmen von der Zahlung der Umlage aus dem EEG sind zu schließen. Darüber hinaus müssen umweltschädliche Subventionen wie etwa für die Atom- und Kohleindustrie und für die energieintensive Industrie abgebaut werden. Auf europäischer Ebene steht außerdem das Europäische Emissionshandelssystem als Instrument für die Reduktion von Treibhausgasemissionen zur Verfügung, das jedoch derzeit noch erheblichen Nachbesserungsbedarf in der konkreten Ausgestaltung aufweist. So müssen die Obergrenzen (Caps) deutlich verschärft, der Weg zur Vollversteigerung beschleunigt und Missbrauchsmöglichkeiten etwa für den so genannten Clean-Development-Mechanism (CDM) eingeschränkt werden.

- Verkehrssektor

Gleichzeitig ist es unerlässlich, dass der Verkehrsbereich stärker in den Fokus der Politik genommen wird und seine CO₂-Minderungsziele erbringt. Den Verkehrsträgern müssen ihre gesamten, auch umweltbezogene und sozialen Kosten in Rechnung gestellt werden.

Die Automobilindustrie muss auf neue Füße gestellt werden und zwar nach dem Motto: klein, intelligent, leicht und effizient. Gegensätzliche Anreize (etwa in Form des Dienst- und Firmenwagenprivilegs) müssen abgebaut werden. Ein Tempolimit und gesetzliche Obergrenzen für Verbrauch und Fahrzeuggewicht sowie die Einleitung eines Technologiewechsels zu alternativen Antrieben sind längst überfällig. Die Konzentration auf den Aufbau individueller Elektromobilität ist jedoch nicht zielführend. Neben dem Abbau von umweltschädlichen Subventionen braucht es den Ausbau von innovativen Konzepten wie z.B. Carsharing-Angeboten, die nach dem Motto „fahren ohne zu besitzen“ Fahrzeuge zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus braucht es vor allem eine Förderung und den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln und alternative Konzepte für Personen- und Güterverkehr, die dem Auto und dem LKW als Basis von Mobilität den Rücken kehren. Benutzerfreundliche preisgünstige oder sogar entgeltfreie ÖPNV-Systeme sind aufzubauen, die den öffentlichen Verkehrsträgern Vorrang vor den privaten einräumen. Die Städte müssen fußgänger- und fahrradfreundlicher werden. Es geht perspektivisch aber auch darum, durch einen Umbau von Produktions-, Siedlungs- und Konsumstrukturen unnötigen Verkehr von Personen und Gütern zu vermeiden. Auch beim Güterverkehr sind integrierte Konzepte für einen umweltfreundlicheren Transport notwendig, Kohlendioxid-, Feinstaub- und Partikelemissionen, Lärm- und weitere Gesundheitsbelastungen, Flächenverbrauch und -zerschneidung, Gesundheits- und Umweltzerstörung durch Unfälle sind die Folgen einer falschen Politik im Güter- wie Personenverkehr. Faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrs-

trägern, Emissionsverbesserung bei allen Verkehrsträgern, Verkehrsvermeidung durch die Aufgabe der Lagerhaltung auf der Straße (Lean Production), von Subventionsanreizen und durch die Bevorzugung von regionalen Wirtschaftskreisläufen sind erste Schritte für ein integriertes Verkehrskonzept.

Dem Flugverkehr als klimaschädlichste Form der Mobilität müssen Grenzen gesetzt werden. Dazu gehören die Bevorzugung der Bahn bei Reisen innerhalb Deutschlands und Europas und der Verzicht auf die Inanspruchnahme von Billigfliegern. Die weitgehende Steuer- und Abgabefreiheit des besonders klimaschädlichen Luftverkehrs muss aufgehoben werden. Die Luftverkehrsteuer und die Einbeziehung in den Emissionshandel sind hierzu erste Schritte. Der Einsatz von Biotreibstoffen anstelle von Kerosin ist keine Alternative. Im Gegenteil ist ein Mobilitätskonzept zu entwickeln, das den Flugverkehr global auf das notwendige Maß beschränkt und den Anliegen des Gesundheits- und Umweltschutzes insbesondere auch im Umfeld der Flughäfen Rechnung trägt.

- Chemieindustrie

Vor allem der Umbau der chemischen Industrie ist eine große Herausforderung, da er die folgenden Fakten berücksichtigen muss: a) Die chemische Industrie ist ein großer Verbraucher von Energie, b) sie benötigt hauptsächlich Erdöl als Ausgangsstoff für ihre Produkte, c) sie fußt auf partiell gefährlichen Produktionsprozessen, d) viele ihrer Zwischen- und Endprodukte sind giftig oder schädlich für Menschen und Umwelt und e) am Ende des Produktionsprozesses stehen häufig auch toxische Abfälle.

Während auf der Produktebene, etwa durch den Ersatz von hoch gefährlichen Pestiziden (bis 2020), Bioziden und sonstigen Chemikalien und im Kontext der EU- Wasserrahmenrichtlinie und der EU-Chemikalienrichtlinie REACH vermutlich eine Änderung noch vergleichsweise schnell passieren kann, ist ein Umbau, der alle fünf vorgenannten Fakten berücksichtigt, deutlich schwieriger. Leitlinien für den Umbau der Chemieindustrie können sein a) Denken in Entwicklungslinien statt in Einzelstoffen, b) geschlossene Kreisläufe, c) Ansetzen am Bedarf, d) Substitution besonders schädlicher Stoffgruppen statt Ersatz einzelner besonders schädlicher Chemikalien. Die derzeitige völlige Steuerfreiheit der nicht-energetischen Nutzung von Mineralöl muss daher aufgegeben werden.

- Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei

Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz kommt aus dem Waldschutz. Weltweit sollten sich die Staaten bis spätestens 2020 zu einer Null-Entwaldung verpflichten. Für Deutschland bedeutet dies:

a) mindestens fünf Prozent der Waldfläche unter Schutz zu stellen und auf den restlichen Waldflächen nachhaltiges Waldmanagement und Wildtiermanagement verbindlich festzuschreiben, das auch die Freisetzung von CO₂ berücksichtigt und von unabhängiger Seite kontrolliert wird.

b) dafür Sorge zu tragen, dass eingeführte Produkte wie Holz, Papier, Zellulose und agrarische Rohstoffe nicht von Flächen stammen, für die schützenswerter Regenwald gerodet wurde.

c) Waldnutzung in Deutschland so durchzuführen, dass der Wald insgesamt eine CO₂-Senke in den kommenden Jahrzehnten ist.

Neben dem Schutz des Klimas ist auch der Erhalt der biologischen Artenvielfalt von großer Bedeutung. Hier fällt dem Schutz der Meere neben einer nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern eine große Bedeutung zu. In Deutschland brauchen wir zur Erholung der Fischbestände und zum Schutz der Schweinswale in der Nord- und Ostsee 40 Prozent Schutzgebiete, in denen menschliche Aktivitäten vollständig untersagt sein müssen. In den übrigen Gebieten muss die Fischerei durch verbindliche, wissenschaftsbasierte Quoten und ein Verbot zerstörerischer Fangmethoden geregelt werden. Subventionen, die die Überfischung der Meere begünstigen, müssen beseitigt werden.

In der Landwirtschaft brauchen wir eine Umschichtung der bisherigen Subventionen auf eine ausschließliche Förderung einer ökologisch und sozial verträglichen Anbauweise und einen kompletten Umstieg auf ökologische Landwirtschaft bis 2050. Diese nutzt nicht nur Verbrauchern und Tieren, sondern ebenfalls dem Klima und der Qualität von Gewässern und Böden. Sie ist gekennzeichnet durch eine größere biologische Vielfalt auf dem Acker, angepasste Viehbestände und anderen Futtereinsatz sowie eine geringere Belastung von Boden und Wasser durch Pestizide und Dünger. Dem Bodenschutz kommt eine große Bedeutung zu. Beispielweise müssen verstärkt Erosionsschutzmaßnahmen erfolgen. Auch dürfen Moore und andere humusreiche Bodenarten nicht weiter entwässert werden, sondern müssen wieder wachsen, damit sie ihrer Aufgabe als Kohlendioxidspeicher gerecht werden können. Für den Umbau des landwirtschaftlichen Sektors werden Verbote wie auch Anreize, etwa eine Steuer auf Stickstoffüberschüsse, sowie eine naturnahe Agrarforschung eine wichtige Rolle spielen.

Der Anbau und Einsatz von gentechnologisch veränderten Pflanzen muss – wie auch der umweltgefährdende Einsatz von chemischen Pestiziden – verboten sein. Patente auf Pflanzen, Saatgut und Lebewesen werden nicht vergeben.

Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen darf nicht zu Lasten der Produktion von Lebensmitteln gehen. Auch müssen nachwachsende Rohstoffe eine bessere Klima- wie Umweltbilanz aufweisen als die Stoffe, die sie ersetzen. Für kurzlebige Bioplastik-Produkte gilt zudem, dass sie recyclebar sein müssen.

- Gebäude und Infrastruktur

Auch der Bereich des Gebäudebaus bzw. der Gebäudesanierung ist für den Ressourcen- und Klimaschutz bedeutend und erfordert ordnungspolitische Maßnahmen und zusätzliche Fördermittel. Allein zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung sind laut einer vom NABU in Auftrag gegebenen Prognos-Studie neun Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Der von der Bundesregierung angekündigte Sanierungsfahrplan muss verbindliche Zielvorgaben enthalten. Er muss Verpflichtungen und Anreize schaffen, etwa durch eine ökologisch ausgerichtete Besteuerung von Heizstoffen, um Gebäudebesitzer für Sanierungsmaßnahmen zu motivieren und hat zugleich die soziale Gerechtigkeit durch Ausnahmetatbestände und Härtefallregelungen, etwa die Berücksichtigung von Heizkosten beim Wohngeld, sicherzustellen. Auch für den Bereich der privaten und öffentlichen Neubauten gelten die o.g. Umbauziele, hier ist zudem die ordnende Hand der Staates nötig, um die rund 60 Siegel zu ökologischem Bauen zu komprimieren.

Besondere Herausforderungen beim Umbau der Infrastruktur liegen im Bereich der Netz- und Stadtinfrastruktur.

Die Städte der Zukunft verfügen über kostenlosen bzw. preisgünstigen ÖPNV und ein gut ausgebautes Netz an Fuß- und Radwegen sowie ausgedehnte autofreie Zonen. Sie sind gekennzeichnet von einer höheren Bebauungsdichte (insbesondere in den Randbereichen), wodurch kurze Wege ermöglicht werden. Gleichzeitig gibt es für ein besseres Stadtklima Grün- und Wassergürtel sowie zahlreiche Gründächer. Im Gebäudesektor sind Passiv- oder Plusenergiehäuser Standard und bei den eingesetzten Baumaterialien wird im Sinne einer Kreislaufwirtschaft auf die Weiterverwertbarkeit geachtet.

Die Netzinfrastuktur ist ein Schlüsselfaktor beim Systemwechsel in der Energieversorgung und erfordert mehr Innovation beim Netzausbau. Es wird vorgeschlagen, entlang von Bahntrassen oder Autobahnen Stromkabel zu legen oder teilweise Oberleitungen der Eisenbahnen zu nutzen. Diese Maßnahmen stoßen auf deutlich weniger Widerstand aus der Bevölkerung und ermöglichen ein höheres Ausbautempo.

- Konsum und Lebensweise

Ein von immenser Ressourcenausbeutung geprägter Lebensstil wird inzwischen von einem Fünftel der Weltbevölkerung praktiziert, dieses Fünftel verbraucht allein 80 Prozent der Ressourcen. Angesichts der klimatischen wie ökologischen Belastungsgrenzen müssen diese 1,4 Milliarden Menschen, die überwiegend, aber nicht nur in den Industrienationen leben, ihren Ressourcenverbrauch am stärksten reduzieren, damit die Mehrheit der Menschen die Möglichkeit zu nachhaltiger Entwicklung erhält. Das bedeutet ein Ende des bisherigen verschwenderischen Lebensstils auf Kosten der Natur und ärmerer Länder – ein Ende, das durch Gesetze und politische Vorgaben, aber auch durch Bildung und öffentliche Diskussionen um alternative Lebensstile erreicht werden muss. Langfristig müssen aber alle Länder ihren Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch begrenzen, damit eine lebenswerte Umwelt und soziale Gerechtigkeit für alle möglich werden. Zuvor muss jedoch sichergestellt werden, dass die zwanzig Prozent am unteren Ende der Einkommensskala ihre Basisbedürfnisse (Ernährung, Wasser, Energie, Wohnraum, Gesundheit, Bildung etc.) befriedigen können. Denkbar wäre perspektivisch eine weltweite Besteuerung von Ressourcenentnahmen mit einer Rückverteilung des Aufkommens pro Kopf, um ungerechtfertigte Zusatzgewinne der Rohstoffkonzerne zu vermindern, Anreize zu Ressourceneffizienz zu verbessern und allen Menschen den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu sichern.

3.2. Sozial-ökonomischer und demokratischer Umbau

Einen sozial-ökologischen Umbau wird es nicht geben als Ergebnis des freien Marktes. In einer kapitalistischen Wirtschaft, in der private gewinnorientierte Unternehmen auf dem Markt konkurrieren, werden Menschen wie auch Umwelt und Natur ausgebeutet. Natürliche Ressourcen werden privatisiert und über Gebühr abgebaut. Die Risiken werden der Gesellschaft aufgebürdet. Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen oder Regionen werden tendenziell verschärft. Doch auch die Einhaltung von Geboten oder Verboten muss kontrolliert werden. Wirtschaftliche Akteure tendieren immer wieder dazu, ökologische und soziale Anforderungen zu umgehen, Schlupflöcher zu suchen, um Kosten zu sparen.

Um ökologische wie soziale Ziele durchzusetzen, muss der Staat seine Rolle als Regulator der wirtschaftlichen Prozesse und als ökonomischen Akteur, der große gesellschaftliche Investitionen in den Umbau organisiert, verstärkt wahrnehmen. Das erfordert zugleich, die Rolle des Staates bei der Umverteilung und Umlenkung des gesellschaftlich produzierten Reichtums und Einkommens auf soziale und ökologische Zwecke zu stärken und die sozialen Sicherungssysteme so auszubauen, dass alle Menschen den Umbau mitgehen und mitgestalten können, ohne dabei unter die Räder zu kommen. In zentralen Bereichen der Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie im Finanzsektor sind der Staat bzw. die Kommunen auch als Eigentümer und Unternehmer gefordert, die sich nicht primär an Rendite, sondern an gesellschaftlichen Bedürfnissen bzw. demokratisch definierten Zielen orientieren. So müssen beispielsweise bei der staatlichen Beschaffung ökologische und soziale Kriterien und die Einhaltung von Menschenrechten Vorrang vor vermeintlich billigen Lösungen auf Kosten von Umwelt und Beschäftigten haben.

Doch der Staat ist nicht unabhängig von den herrschenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen und Kräften. Die Ausrichtung der allgemeinen Produktions- und Lebensbedingungen an Erfordernissen der kapitalistischen Produktion und die neoliberale Politik der Deregulierung und Umverteilung von unten nach oben und zu Lasten der ärmeren Länder der Welt wurde mittels des Staates durchgesetzt. Erforderlich ist also auch eine Veränderung des Staates. Der Staat braucht Kontrolle und verpflichtet sich nicht selbst auf soziale und ökologische Zwecke. Diese müssen gesetzt und durchgesetzt werden, und zwar gegen andere Kräfte, die den Staat auf den Schutz und die Förderung ihrer eigenen, privaten Interessen ausrichten wollen. Der Staat kann und soll auch nicht alle Prozesse in Unternehmen und Kommunen kontrollieren und steuern. Das würde ihn überfordern und zu übermäßiger Bürokratisierung führen, und die Betroffenen würden es zurecht nicht akzeptieren und zu umgehen versuchen.

Notwendig ist eine neue Qualität der Demokratie in Staat und Wirtschaft. Staatliches Handeln muss transparent sein und es muss dem verdeckten und undemokratischen Einfluss von Organisationen und Unternehmen entzogen werden, die ihre Privatinteressen vertreten. Die demokratische Selbstorganisation von Menschen für gemeinsame soziale und ökologische Interessen und ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf die Öffentlichkeit und die Politik müssen dagegen gestärkt werden. Das erfordert auch eine Demokratisierung der Massenmedien.

Notwendig ist eine neue Qualität der Demokratie in den Betrieben, den Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt. Die Rechte und Mitbestimmung der Arbeitenden und der VertreterInnen sozialer, ökologischer und von VerbraucherInnen-Interessen sowie der demokratischen Öffentlichkeit müssen gestärkt werden, bis hin zu einer dominierenden Stellung in für den Umbau besonders wichtigen Bereichen, Unternehmen und Betrieben.

- Zukunftsinvestitionen und Ausbau öffentlicher und sozialer Dienstleistungen

Kernprojekt ist ein groß angelegtes längerfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau. Es erfordert in den kommenden Jahren hunderte Milliarden Euro Investitionen in den Ausbau und die ökologische Sanierung und Modernisierung von Gebäuden, Verkehrswegen und öffentlichen Verkehrsmitteln, erneuerbaren Energien, Ver- und Entsorgung sowie flächendeckenden Ausbau von Telekommunikationsnetzen. Dabei geht es um öffentliche Investitionen im Umfang von mehreren zig Milliarden Euro jährlich

und um private Investitionen, die durch staatliche Rahmensetzung, Nachfrage oder Förderung angestoßen werden.

Es geht aber ebenso um einen starken Aufbau zusätzlicher Beschäftigung in den öffentlichen und sozialen Dienstleistungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge, die dauerhaft und zu qualifikationsgerechten tariflichen Bedingungen öffentlich oder durch die Sozialversicherungen geschaffen und finanziert werden müssen.

Gesteigert werden aber auch die Investitionen privater Unternehmen, um die Umbauanforderungen zu realisieren und die dazu notwendigen Produktionen aufzubauen. Käufe für öffentliche Investitionen und die zusätzlichen Einkommen der zusätzlich Beschäftigten erhöhen die inländische Nachfrage und schaffen damit weitere zusätzliche Beschäftigung. Insgesamt können so Millionen neue sozial und ökologisch sinnvolle und verträgliche Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.

Der Ausbau öffentlicher und sozialer Dienstleistungen schafft zugleich die sozialen Voraussetzungen höherer Frauen- und Elternerwerbstätigkeit sowie eine professionelle und finanzielle Aufwertung dieser bisher v.a. von Frauen geleisteten Arbeit. Dies wird auch auf die privaten Dienstleistungsbereiche und Beschäftigungsverhältnisse von Frauen ausstrahlen. Durch die starke öffentliche Rolle ist es auch möglich, Arbeitsplätze gezielt in Regionen zu schaffen, die durch ökologischen Umbau andere Arbeitsplätze verlieren.

- Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten

Die seit 30 Jahren im Zuge des neoliberal geprägten Entwicklungspfad des Kapitalismus voranschreitende Umverteilung und Polarisierung von Einkommen und Vermögen muss umgekehrt werden. Dazu müssen vor allem die Löhne wieder regelmäßig zumindest so stark steigen wie Produktivität plus Preise, zur Rückumverteilung in den kommenden Jahren möglichst stärker. Alternativ oder ergänzend müssen die Arbeitszeiten entsprechend dem Produktivitätszuwachs bei mindestens gleich bleibenden Reallöhnen verkürzt werden. Dies gilt insbesondere für Deutschland, um die Exportüberschüsse und Ungleichgewichte im Euro-Raum abzubauen.

Die Vermögen haben sich immer mehr bei den oberen Prozenten der Bevölkerung konzentriert, dem stehen eine stark gestiegene Staatsverschuldung und die Eigentumslosigkeit oder gar Verschuldung großer ärmerer Teile der Bevölkerung gegenüber. Mehr Menschen leben an oder unter der Armutsgrenze, insbesondere Erwerbslose. Um dies zu ändern sind eine massiv höhere Besteuerung von Reichen und die Verbesserung sozialer Leistungen andererseits erforderlich. Eine gerechtere Einkommensverteilung schafft zugleich mehr Beschäftigung, weil niedrige Einkommen in stärkerem Maße als hohe nachfragewirksam verwendet werden, anstatt in Finanzanlagen zu fließen.

- Arbeitsmarkt sozial regulieren

Um mehr gute Arbeit und eine Umverteilung zugunsten der Löhne und insbesondere niedriger Löhne durchzusetzen, sind verstärkte öffentliche Regulierungen und politische Eingriffe auf dem Arbeitsmarkt notwendig. Zentrale Anliegen sind: gesetzlicher Mindestlohn; erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen; Kampf gegen Lohndumping durch Tariffucht, gegen Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen, gegen Befristung, gegen Scheinselbstständigkeit, gegen Minijobs, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

– für Männer und Frauen, genügend gute Ausbildungsplätze durch Umlagefinanzierung; Ausweitung der Weiterbildungsansprüche, Wiederherstellung von Zumutbarkeitsschutz für ArbeitslosengeldempfängerInnen bei Arbeitsangeboten. Notwendig ist auch, wo es möglich ist, verbindliche Vergütungsregeln für von Solo-Selbstständigen an Unternehmen erbrachte Leistungen durchzusetzen.

- Arbeitszeitverkürzung

Erforderlich ist ein neuer Anlauf sozialer, humaner und beschäftigungswirksamer Verkürzung und Gestaltung der Arbeitszeiten, bei kollektiver Verkürzung entsprechend der Produktivitätssteigerung mit vollem Lohn- und Inflationsausgleich. Die Nutzung der Produktivitätssteigerungen für kürzere Arbeitszeiten, für mehr Muße als Qualität eines guten Lebens, ist auch ökologisch sinnvoller als die weitere Steigerung der Produktion materieller Güter. Die Normalbeschäftigung der Zukunft muss in Richtung „kurze Vollzeit“ von etwa 30 Stunden die Woche verkürzt werden, mit einer im Sinne der Beschäftigten flexiblen Gestaltung, mit Rechtsansprüchen auf verkürzte Arbeitszeiten ggf. mit Lohnausgleich in gesellschaftlich erwünschten Fällen (Kindererziehung, Pflege, Qualifizierung, bestimmte gemeinnützige Tätigkeiten). Schon jetzt müssen die Leistungsbedingungen menschen- und gesundheitsgerechter gestaltet werden. Arbeitszeitverkürzung darf nicht durch Leistungsverdichtung umgesetzt werden. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie und das Arbeitszeitgesetz müssen grundlegend verbessert werden. Die durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit muss auf 40 Stunden verkürzt werden.

- Soziale Sicherung erneuern

Alle Menschen brauchen soziale Sicherheit, insbesondere wenn sie auf dem Weg großer Veränderungen mitgenommen werden sollen. Grundlegend ist eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege, dies ist durch eine solidarische Bürgerversicherung zu organisieren.

Im Falle von Arbeitsplatzverlust bzw. Erwerbslosigkeit muss eine aktive Beschäftigungsförderung und Arbeitsmarktpolitik für neue Erwerbschancen sorgen sowie Qualifizierung und Hilfen organisieren. Insbesondere Langzeiterwerbslose und Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt müssen unterstützt werden, nötigenfalls sind durch öffentlich finanzierte Beschäftigung sozial gesicherte und ggf. tariflich oder nach Mindestlohn bezahlte Angebote zu machen. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I muss verlängert werden, um erarbeiteten Lebensstandard sichern zu können. Statt Hartz IV bzw. Arbeitslosengeld II ist eine repressionsfreie Mindestsicherung einzuführen, die vor Armut schützt. Einen Zwang, jede Arbeit anzunehmen, darf es nicht geben.

Im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit ist eine Rente nötig, die spätestens ab 65, bei langjähriger Erwerbstätigkeit und bei Erwerbsminderung ggf. auch früher, in Anspruch genommen werden kann und die den Lebensstandard weitgehend erhält und auf jeden Fall Armut vermeidet. Dies ist perspektivisch durch eine solidarische Versicherung für alle Erwerbstätigen zu gewährleisten. Für alle muss gewährleistet werden, dass sie auch im Alter ein Leben ohne Armut führen können.

Ein Teil derjenigen, die sich für einen sozial-ökologischen Umbau einsetzen, treten für ein Bedingungsloses Grundeinkommen für alle ein. Dies wird kontrovers diskutiert, ebenso wie die Frage, was Vollbeschäftigung bedeutet und ob sie eine realistische Perspektive ist.

Diese Kontroverse sollte beide Seiten nicht hindern, für gemeinsam getragene Ziele eines sozial-ökologischen Umbaus zusammenzuarbeiten.

- Solidarische Finanzierung des Sozialstaats

Die öffentlichen Finanzen müssen durch höhere Einnahmen mit einer gerechten Steuerpolitik gestärkt werden. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Reiche sowie Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder mehr Steuern zahlen. Es ist notwendig, eine möglichst aufkommensstarke dauerhafte Vermögensteuer einzuführen, große Erbschaften sowie Kapitalerträge höher zu besteuern, Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener zu schließen und hohe Einkommen deutlich höher zu besteuern. Steuerflucht und -hinterziehung müssen konsequent verfolgt werden.

Bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung muss die gesamte Bevölkerung in eine Bürgerversicherung einbezogen werden. Alle Einkommen müssen beitragspflichtig und die paritätische Finanzierung zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern wieder hergestellt werden. In der Rentenversicherung geht es darum, alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen und alle Erwerbseinkommen mit Beiträgen zu belegen. Und zwar immer im Wege der Umlagefinanzierung, ohne Kapitaldeckung und Finanzmärkte. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind abzuschaffen oder zumindest deutlich zu erhöhen, dabei sind bei sehr hohen Beiträgen die daraus resultierenden Ansprüche auf Geldleistungen degressiv zu gestalten.

- Gemeingüter, öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliches Eigentum

Luft, Grundwasser, Bodenschätze, größere Wasserflächen, Wälder und Naturflächen, Verkehrswege, Ver- und Entsorgungsnetze sowie Kommunikationsnetze müssen als Gemeingüter von allen genutzt werden können oder geschützt werden, sie gehören in öffentliches Eigentum. Die großen Wissensbestände der Menschheit müssen für alle zugänglich sein. Die Versorgung mit den Mitteln zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse wie Wasser, Elektrizität, Entsorgung, Massenverkehrsmittel, Postdienst, Internetzugang, Gesundheitswesen, Bildung, Grundversorgung mit Kultur-, Erholungs-, Freizeit- und Sporteinrichtungen muss in öffentlicher Regie erfolgen, um allen Menschen eine bezahlbare Nutzung qualitativ guter Angebote zu ermöglichen. Diese öffentliche Organisation ermöglicht in der Regel auch ökologisch die günstigste Form der Befriedigung der entsprechenden menschlichen Bedürfnisse.

- Demokratisierung des Staates und der Wirtschaft

Formen direkter Demokratie durch Volksbegehren und Volksentscheide sind auszuweiten, auch auf Bundes- und europäischer Ebene. Der Lobbyismus von Unternehmen und Organisationen, die nicht soziale oder ökologische oder andere gemeinnützige Ziele verfolgen, muss transparent gemacht und ggf. unterbunden oder zurückgedrängt werden, etwa durch Entzug der steuerlichen Absetzbarkeit von Aufwendungen. Parteispenden von Unternehmen und Verbänden sind strikt zu begrenzen.

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften müssen stärkere Kontroll- und Mitbestimmungsrechte bekommen – bei allen Entscheidungen, die ihre sozialen Belange betreffen,

auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Darüber hinaus müssen die Menschen in den betroffenen Städten, Gemeinden und Regionen und die von ihnen gebildeten Organisationen, Gewerkschaften, sozialen Initiativen und Verbände, Umweltorganisationen, Verbraucherorganisationen usw. informiert und in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden, wenn es um größere Investitionsprojekte von Staat oder Unternehmen geht sowie in die Ausarbeitung konkreter Planungen für den sozial-ökologischen Umbau bestimmter Sektoren.

Wichtig ist auch die Verpflichtung der Unternehmen zur Offenlegung von Informationen über die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Unternehmenspraktiken. Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im Unternehmen und über die gesamte Zulieferkette müssen transparent gemacht werden. Die Offenlegung ist wichtige Voraussetzung für kritische Analysen und notwendige Veränderungsprozesse für den sozial-ökologischen Umbau hin zu nachhaltigen Wertschöpfungsketten.

Wenn Unternehmen öffentliche Mittel bekommen zur Förderung größerer Investitionen oder um sie in einer wirtschaftlichen Notlage zu unterstützen, ist das stets an Gegenleistungen in Form von Eigentumsanteilen und Mitspracherechten, die ggf. zur Verwaltung an die Belegschaften übertragen werden können, sowie soziale und Beschäftigungsgarantien und Vereinbarungen zum ökologischen Umbau zu knüpfen.

- Regulierung des Finanzsektors, Finanztransaktionssteuer

Der Finanzsektor muss strikt öffentlich reguliert werden. Die internationalen Finanzmärkte müssen kontrolliert und das Weltwährungssystem muss neu organisiert werden. Steuer- und Regulierungsloasen müssen geschlossen bzw. ausgetrocknet werden, unregulierte Finanzgeschäfte und Fonds sind zu verbieten. Eine Finanztransaktionssteuer soll Spekulation eindämmen und Milliarden Euro für die öffentlichen Haushalte und für die Finanzierung globaler Aufgaben (wie Armutsbekämpfung, Eindämmung von Pandemien und Umweltschutzmaßnahmen) bringen. Die Kurzfristorientierung spekulativer Kapitalanlage verträgt sich nicht mit der Langfristigkeit ökologischer Veränderungen.

Kapitalspritzen an Banken und Versicherungen müssen zu öffentlichen Eigentumsanteilen und Gestaltungsrechten führen. Perspektivisch sollte das gesamte Finanzsystem privater Kontrolle entzogen und in demokratisch verwaltete Formen öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Eigentums überführt werden. Das Volumen, die Bedingungen, Zinsen und sektoralen Schwerpunkte der Kreditvergabe müssen demokratisch gesteuert werden. Der Anteil von Vermögenseinkommen am Volkseinkommen muss abgebaut werden.

- Demokratische und sozial-ökologische Neugestaltung der EU

In der EU ist eine Abkehr vom Neoliberalismus nötig, hin zu einem Vorrang sozialer und ökologischer Kriterien und zu einer umfassenden Demokratisierung. Statt die Lasten der Krise durch massiven Lohn- und Sozialabbau auf die Mehrheit der Bevölkerung insbesondere in den verschuldeten Ländern abzuwälzen und bisher öffentliches Eigentum an private Investoren zu verscherbeln, müssen die großen Privatvermögen herangezogen und umverteilt werden, um die Schulden zu decken. Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen, um die Haushaltsslage zu entspannen und Hemmnisse für ökologische Innovationen zu lösen.

Bei internationalen Ungleichgewichten sind gleichrangig mit Verpflichtungen der Defizitländer zur Senkung ihrer Defizite die Überschussländer zu verpflichten, Masseneinkommen und/oder öffentliche Ausgaben zu steigern um ihre Überschüsse abzubauen. Notwendig sind eine *demokratische* Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die soziale Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt und nicht die Interessen der Kapitalgesellschaften und Finanzanleger. Also eine europäische Wirtschaftsdemokratie. Das erfordert neue Vertragsgrundlagen und Strukturen der EU, die nicht mehr die „Binnenmarktfreiheiten“ in den Mittelpunkt stellen, sondern von den Grundsätzen der Demokratie und Sozialstaatlichkeit ausgehen.

- Internationale Wirtschaftspolitik und Solidarität

Der Umbau muss verbunden werden mit wirksamen Maßnahmen zur Erreichung der Millennium-Ziele der Vereinten Nationen. Die Entwicklungszusammenarbeit muss verstärkt werden, besonders ist Unterstützung bei der Erreichung der Klimaziele notwendig. Einseitige Stützungs- und Protektionsmaßnahmen im globalen Handel insbesondere bei Agrarprodukten sind abzubauen. Ansonsten könnten jede Umbaumaßnahme des Nordens und die dafür benützten Instrumente als öko-protektionistisch diskreditiert und unterlaufen werden.

Die in Johannesburg 2002 beschlossene Schaffung einer international verbindlichen Regelung zu Konzernhaftung und Verantwortung muss endlich realisiert werden. Die für Umweltvergehen und Gesundheitsgefährdungen verantwortlichen Manager müssen für ihre Taten vor Gericht gestellt werden können. Auch Betroffenen aus Drittstaaten muss ein Klagerecht eingeräumt werden - wie es zum Beispiel der Alien Tort Claims Act der USA seit 1789 vorsieht.

Die Dominanz der Welthandelsregeln über Umwelt-, Sozialstandards und die Menschenrechten ist zu beenden. Das internationale Investitionsschutzrecht muss geändert werden, das bisher bei Investitionen im Ausland die Rechte des Investors über die des Landes, seiner Bewohner und der Umwelt stellt, in dem die Investition getätigt wird.

Es bedarf der Verbesserung der internationalen Abstimmung auf regionaler, europäischer und internationaler Ebene einschließlich der Errichtung neuer bzw. Stärkung der UN-Strukturen für Umwelt, Menschen- und Arbeitsrechte.

- Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen und die Wachstumsfrage

Die dargestellten Vorschläge bzw. Forderungen markieren einen grundsätzlich anderen Pfad der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Es wäre das Ende einer Politik, die Profit- und Wachstumsinteressen von Unternehmen und Vermögensbesitzern über soziale und ökologische Kriterien stellt. Zu einem radikalen Neuanfang gehört der Abschied von dem bisherigen Wachstumsmodell und seinem Irrglauben, dass in einer begrenzten Welt immer mehr von allem möglich sei. Unter denjenigen, die sich für einen sozial-ökologischen Umbau einsetzen, bestehen kontroverse Ansichten darüber, ob damit zukünftig ein Nullwachstum auch des Bruttoinlandsproduktes bzw. sogar eine Schrumpfung einhergehen muss oder ob das Bruttoinlandsprodukt grundsätzlich weiter wachsen kann. Fest steht jedoch, dass das Bruttoinlandsprodukt ein globaler und für qualitative Kriterien blinder Indikator ist, der lediglich die monetäre Wertschöpfung bzw.

Einkommensbildung der Wirtschaft widerspiegelt, nicht jedoch den Wohlstand oder gar das gute Leben der Gesellschaft. Er muss ergänzt werden durch für die politische Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung gleichwertige Indikatoren, die soziale, ökologische und humanitäre Faktoren abbilden. Die Staaten zwischen gutem und schlechtem Wachstum differenzieren. Der Schwerpunkt des Produktivkraftfortschritts muss künftig auf der Steigerung der Ressourcenproduktivität statt der Arbeitsproduktivität liegen.

Das Ziel der Wirtschaftstätigkeit muss vorrangig die Deckung des regionalen und binnenwirtschaftlichen Bedarfs sein. Internationaler Austausch ist notwendig und sinnvoll bei Gütern und Dienstleistungen, die im eigenen Wirtschaftsraum nicht oder nicht in der erforderlichen Qualität oder nur mit erheblich höheren Kosten oder Naturbelastungen produziert werden können. Dabei sind ausgeglichene internationale Leistungsbilanzen anzustreben. Eine auf immer höhere Exporte und Exportüberschüsse ausgerichtete Wirtschaftsentwicklung ist sowohl ökonomisch Krisen verursachend als auch ökologisch schädlich.

Die Veränderungen in den verschiedenen Bereichen wirken zusammen und haben gesamtwirtschaftliche Konsequenzen. Wenn es gelingt, im Umbau wegfallende Arbeitsplätze durch neue in den genannten Bereichen zu kompensieren, möglichst zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und zugleich in diesen und anderen Bereichen bessere Löhne durchzusetzen, würden auch die gesamtwirtschaftlichen Einkommen stabilisiert oder gesteigert. Das würde bedeuten, dass auch das Bruttoinlandsprodukt stabil bleiben oder weiter steigen würde. Dies wäre in einem solchen Fall kein Problem, sondern würde die ökonomische und soziale Bewältigung des Umbaus erleichtern. Entscheidend ist, dass die ökologischen und sozialen Ziele erreicht werden, nicht abstrakt ob oder wie viel Wachstum des Bruttoinlandsproduktes stattfindet.

Im Verlauf der folgenden Jahrzehnte kann der sozial-ökologische Umbau dann zunehmend in eine zweite Phase übergehen. Wenn die materiellen Bedürfnisse auf ökologisch nachhaltige Weise und in sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit befriedigt werden, können die Menschen bewusst und ohne sozial-ökonomische Bedrängungen ihre Produktionstätigkeiten einschränken und ein qualitativ neues Gewicht auf erhöhten Lebensgenuss durch Muße, Bildung, Kultur und Kommunikation als Selbstzweck in einer naturverträglichen Lebensweise legen. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeiten ist dabei ein zentrales Element. Der Spielraum dafür steigt um so mehr, je gleichmäßiger die Einkommens- und Reichtumsverteilung in den Gesellschaften ist und damit eine schrumpfende Produktion den Überfluss der Reichen reduziert und nicht die Lebensbedingungen der Mehrheit verschlechtert.

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts würde dann keine wichtige Rolle mehr spielen, weil bzw. wenn die Steigerung der Geld-Einkommen kein vorrangiges Motiv mehr wäre. Dies ist aber nicht primär eine Frage der Psychologie, sondern der gesellschaftlichen Verhältnisse, die auch entsprechende Bewusstseinsformen und Verhaltensweisen hervorbringen. Es erfordert ein Ende der Akkumulation immer größerer Finanzvermögen, die nach Verwertung streben – und deren notwendige Kehrseite die Schulden anderer Personen oder des Staates sind. Notwendig ist daher eine massive Einebnung der Vermögensverteilung in den einzelnen Ländern und auch zwischen ihnen. Erforderlich ist also letztlich eine Gesellschaft, die nicht mehr vom Kapitalismus geprägt und beherrscht wird.

4. Bedingungen der Durchsetzung eines sozial-ökologischen Umbaus

Umweltpolitische Erfolge sind dann machbar, wenn es starke Bewegungen gibt, oder zumindest eine hohe Aktivität zivilgesellschaftlicher Initiativen. Um jedoch zu einem umfassenderen Projekt sozial-ökologischer Transformation zu kommen, ist mehr erforderlich. Dazu gehört der Einsatz für soziale Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, ein Bruch mit einer neoliberalen Politik des Sozialabbaus und des Marktglaubens auf Seiten der ökologischen Bewegung; dazu gehört ein Ernstnehmen der Bedrohungen durch die ökologischen Krisen auf Seiten der Gewerkschaften und sozialpolitischen Bewegungen. Neue Bündnisse müssen entstehen, die dazu fähig sind, die aktuellen Kräfteverhältnisse in Bewegung zu bringen.

Der sozial-ökologische Umbau kann nur durchgesetzt werden, wenn die Mehrheit der Bevölkerung für eine solche Politik gewonnen wird. Das sozial-ökologische Alternativprojekt muss Interessen und Kräfte, die soziale und die ökologische Ziele verfolgen, zusammenführen und Spaltungen überwinden. Sozial und ökologisch orientierte Veränderungen und die gesellschaftliche Basis dafür entstehen nur in gesellschaftlichen Bewegungen und gemeinsamen Kämpfen für Alternativen, bei denen Gegner überwunden und Zukunftsperspektiven gemeinsam erschlossen werden.

Dabei geht es zunächst einmal um eine neue, andere Phase kapitalistischer Entwicklung. Es geht darum, ein Ende des Neoliberalismus durchzusetzen, das Finanzkapital zu beschränken, eine realwirtschaftlich dominierte und auf ökologischen Umbau gerichtete Wirtschaftsentwicklung durchzusetzen. Es geht also um einen Richtungswechsel, dessen erster Schritt ein „sozial-ökologischer New Deal“ sein kann. Die Perspektive geht aber darüber hinaus und stellt die gesellschaftliche und globale Vorherrschaft des Kapitalismus grundlegend in Frage.

Bisher ist es nicht gelungen, einen solchen Richtungswechsel durchzusetzen: Die Krise des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus wurde bisher nicht genutzt, um ein Projekt einer sozial-ökologischen Transformation auf den Weg zu bringen. Weder das Konzept eines „Green New Deal“ geschweige denn darüber hinausgehende Vorstellungen eines tiefgreifenden sozial-ökologischen Umbaus stießen auf einen breiten (zivil-)gesellschaftlichen Resonanzboden oder konnten sich (zivil-)gesellschaftlich verankern.

Stattdessen haben die europäischen Regierungen – insbesondere die Bundesregierung – eine neue Dynamik sozialer Spaltung in Gang gesetzt, indem öffentliche Haushalte, Sozialausgaben und Löhne gekürzt werden, während Banken und Vermögensbesitzer gerettet werden. Zur Zeit ist die EU weiter von einem „Europäischen Sozialmodell“ entfernt als je zuvor. Im Zuge der Schleifung sozialstaatlicher Institutionen und sozialer Rechte wird auch die Infrastruktur beseitigt, die für eine sozial-ökologische Wende unabdingbar ist: ÖPNV, Umweltförderprogramme, Bildungseinrichtungen etc. Ohne die Abwehr dieses radikalisierten Neoliberalismus wird es nicht möglich sein, eine gesellschaftliche Dynamik für ein sozial-ökologisches Umbauprojekt herzustellen. Dazu müssen kontinuierliche Arbeitsbündnisse aus Gewerkschaften, Umweltverbänden und sozial- und demokratiepolitisch engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren geschmiedet werden und sich konkrete gemeinsame auf Durchsetzung hin orientierte Kampagnen daraus ergeben. Dazu gehört auch die gemeinsame Entwicklung neuer Aktionsformen. Punktuelle ad hoc Aktionen und wechselseitige Kongressbesuche reichen zur Durchsetzung eines umfassenden sozial-ökologischen Umbaus nicht aus.

Jenseits notwendiger politischer Verschiebungen auf nationaler und europäischer Ebene darf nicht vergessen werden, dass die ökologischen Krisen globalen Charakter haben, und deshalb auch eine neue Form der transnationalen Bündnispolitik mit Akteuren aus dem globalen Süden erfordern. Ohne eine Kooperation mit Akteuren des globalen Südens und die Einbeziehung ihrer Interessen ist nicht zu erwarten, dass Konsum- und Produktionsweisen im Norden, die im Sinne globaler ökologischer und sozialer Gerechtigkeit nicht vertretbar sind, tatsächlich auf den Prüfstand kommen.

Gleichzeitig darf eine ökologische „solidarische Lebensweise“ keine Blindstellen bei Verteilungs- und Demokratiefragen aufweisen. Statt zu Einschränkungen zu führen, muss sie neue subjektiv erlebbare Spielräume für die Selbstbestimmung der Individuen, Verwirklichung sozialer Rechte und mehr Demokratie schaffen. Sonst wird sie nicht auf breite Akzeptanz stoßen, sondern vor allem als einschränkende Zumutung empfunden werden. Von einer solchen „solidarischen Lebensweise“ sind wir noch ein weites Stück entfernt. Der bisherige Bio- oder ökologisch bewusste Lebensstil stellt kein geeignetes Angebot einer gesellschaftlichen Allianzbildung an prekäre Schichten und Durchschnittslohnabhängige dar, weil er ein entsprechend gehobenes Einkommen voraussetzt und zugleich insbesondere im Mobilitätsbereich ökologischen Anforderungen nicht gerecht wird. Bisherige Umweltpolitik – auch der zivilgesellschaftlichen Organisationen – ist vor allem ein politisches Projekt von Mittelschichten und spiegelt auch die Entsolidarisierung dieser Schichten von den unteren Bevölkerungsgruppen wider, wie sie z.B. in der Agenda 2010 ihren Ausdruck fand.

Ein mögliches Projekt eines sozial-ökologischen Umbaus bedarf einer erheblichen Verschiebung von Kräfteverhältnissen. Es ist ohne gesellschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen und die dazu notwendige Konfliktbereitschaft nicht zu haben. Es stellt letztlich die grundsätzliche Machtfrage, ob die gesellschaftliche (Re-)Produktion und die Natur privaten Interessen untergeordnet werden oder ob die Verwirklichung der sozialen und ökologischen Rechte der Mehrheit der Gesellschaft und der Menschheit im Mittelpunkt stehen.

Deshalb ist eine die gesellschaftlichen Verhältnisse verändernde sozial-ökologische Politik auch nur als ein Projekt revitalisierter Demokratie denkbar. Ein autoritärer Kapitalismus, wie er sich gegenwärtig in der Krisenbewältigung in der Europäischen Union politisch, institutionell und rechtlich herausschält, stellt eine grundlegende Herausforderung für soziale und ökologische Zukunftsprojekte dar, egal, ob sie auf einen Pfadwechsel oder auf weitergehende Transformationsprozesse zielen. In der demokratischen Frage sind die fortschrittlichen Kräfte der Zivilgesellschaft in ihrer gesamten Breite gefordert. Die „demokratische Frage“ könnte somit eine Bündelung gemeinsamer Interessen bei unterschiedlichen politischen Schwerpunktsetzungen anstoßen.

Weltwirtschaftskrisen bringen Gesellschaften in Bewegung. Es geht darum, dieses „window of opportunity“ für einen Richtungswechsel zu nutzen.

Unterstützerinnen und Unterstützer:

Oliver Brüchert (GEW), Peter Delis (Ostermarsch Org.), Richard Detje (WissenTransfer), Ulrich Duchrow Prof.Dr. (KAIROS Europa), Christoph Ehlscheid (IGM), Christiane Felder, Udo Gebhardt (DGB Sachsen-Anhalt), Erich Guttenberger (Ver.di-Erwerbslose), Hans-Jürgen Hinzer (NGG), Bernhard Jirku (ver.di-Erwerbslose), Jürgen Knirsch, Ralf Krämer

(ver.di), Martin Künkler (Koordinierungsstelle gew. Arbeitslosengruppen), Hans-Gerd Marian (Naturfreunde Deutschland e.V.), Alexis Passadakis (ATTAC), Werner Rätz (ATTAC), Werner Ruf, Horst Schmitthener (IGM), Dieter Scholz (ehem.Vors. DGB Berlin-Brandenburg), Franz Segbers, Horst Trapp (Friedens- und Zukunftswerkstatt), Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag), Karl-Heinz Wendt (GBM, ostdeutsches Kuratorium)